

Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Aus der Gemeindevertreterversammlung am 27. April 2017

Gemeindevertretung stimmt Baugebiet am oberen Himmelsacker und Krähenfeld II zu

Bereits in der nächsten Woche soll mit den Erschließungsarbeiten begonnen werden. Der Kaufpreis soll in Marbach 115,- € und in Steinau 106,- €/qm betragen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und CWE, gegen die Stimmen von Die Linke. Offene Liste und FDP, hat die Gemeindevertretung am 27. April dem Baugebiet am oberen Himmelsacker zugestimmt. Dem Baugebiet in Steinau hat nur die Linke. Offene Liste widersprochen.

Unserem Antrag, im Baugebiet in Steinau vier Sozialwohnungen einzuplanen, wurde nicht zugestimmt. Selbstverständlich begrüßen wir die Ausweisung von Baugebieten für Häuslebauer durch die Gemeinde. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass es auch Menschen gibt, die sich dies nicht leisten können. Bezahlbarer Wohnraum in unserer Region ist knapp. Wer einer Spaltung der Gesellschaft vorbeugen will, darf nicht zulassen, dass die Armen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Siedlungen sollten für alle Teile der Gesellschaft da sein. Verantwortliche Politik sollte darauf hinwirken, dies zu ermöglichen.

Auch wurden im Rahmen der Verfahren die Beteiligungsrechte der Gemeindevertretung verletzt. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht der Bürgerinitiative sieht darin einen Verfahrensfehler, der zur Unwirksamkeit der Beschlussfassung über den Erlass des Bebauungsplanes als Satzung führen kann. Wir haben in der Sitzung ausführlich die Kritikpunkte der mehr als 250 Einwendungen vorgetragen und uns gegen die Bebauung am oberen Himmelsacker ausgesprochen. Stattdessen beantragten wir, die Bebauung am Riegelacker zu planen.

Wir haben uns ausdrücklich bei der Bürgerinitiative gegen die Bebauung des oberen Himmelsackers bedankt. Wir brauchen Bürger, die sich um die Gemeinde und ihr Wohl bemühen. Vorwürfe an die engagierten Bürger weisen wir dagegen entschieden zurück. Auch wenn bei den 250 Einwendungen einige doppelt und gleichlautend sind, so ist dies doch ein deutliches Signal, dass die Bürger hier etwas anderes wollen. Politik sollte im Rahmen des Rechts dem Willen der Bevölkerung folgen. Nun gibt es einige Mandatsträger, die die inhaltlich gut begründeten Einsprüche als nicht repräsentativ abtun wollen. Ihnen muss man aber entgegenhalten, dass sie es waren, die eine Bürgerversammlung zur Klärung der Fragen abgelehnt haben.

Wir haben den Eindruck, dass sich die Gemeinde den Bürgern nicht stellen will. Nach der Gemeindeordnung soll mindestens eine Bürgerversammlung im Jahr durchgeführt werden. In einer Versammlung mit den Bürgern hätte man ausführlich über die Einwendungen und Gründe für eine Ablehnung sprechen können und versuchen können ein Einvernehmen zu erzielen.

Weiter auf der Rückseite

Bürgermeister hält Schreiben an die Gemeindevertretung zurück

Als unglaublichen Vorgang bezeichnet Die Linke. Offene Liste in Petersberg das Verhalten der Gemeindeverwaltung in Petersberg, insbesondere des Bürgermeisters. Am Montag wurden die Gemeindeverwaltung, die Gemeindevertretung und der Bürgermeister durch den Anwalt der Bürgerinitiative gegen die Bebauung des oberen Himmelsackers über weitreichende Verfahrensfehler im Bauleitverfahren informiert. Der Anwalt weist in dem Schreiben daraufhin, dass die Gemeindevertretung in Kenntnis des fehlerhaften Verfahrens nicht daran festhalten darf, sondern den Fehler zu korrigieren habe.

Dieses Schreiben wurde der Gemeindevertretung nicht weitergeleitet und lag somit vor der entscheidenden Beschlussfassung am Donnerstag nicht vor. Den Versuch der Bürgerinitiative, das Schreiben vor der Sitzung an die Gemeindevertreter zu verteilen, wurde vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung unterbunden. Dieser sammelte das von der Bürgerinitiative den Gemeindevertretern auf den Tisch gelegte Schreiben des Anwaltes wieder ein.

Auch wenn der Bürgermeister die Rechtsauffassung des Anwaltes nicht teilt, muss er Schreiben, die an die Gemeindevertreter gerichtet sind, an diese weiterleiten. Der Bürgermeister als Leiter der Verwaltung hat nach Auffassung unserer Fraktion einmal mehr gegen seine Pflichten verstoßen. Außerdem schadet ein solches Verhalten der Demokratie. Wie können Gemeindevertreter sachkundig und verantwortungsvoll entscheiden, wenn ihnen wichtige Informationen vorenthalten werden.

Gemeindevertretung lehnt verbilligte Baugrundstücke für Familien ab

Die Linke. Offene Liste hat in der Gemeindevertreterversammlung am Donnerstag, dem 27. April, beantragt, den Kaufpreis für die Baugrundstücke am oberen Himmelsacker in Marbach und im Krähenfeld II in Steinau zu staffeln, so dass Familien mit Kindern in Abhängigkeit vom Verdienst einen günstigeren qm-Preis zu zahlen haben. Preisnachlässe für Familien mit Kindern, so wie sie die Gemeinden Eichenzell und Flieden gewähren, sollten nach unserer Einschätzung auch in Petersberg möglich sein. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Besonders enttäuscht ist die Linke. Offene Liste vom Abstimmungsverhalten der SPD. Diese hatte genau diese, unsere Forderung in ihrem Wahlprogramm für Petersberg bei der Kommunalwahl im letzten Jahr propagiert.

ÖPNV- Tarife werden gesenkt

Die von der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft mbH Fulda vorgeschlagene Senkung des ÖPNV-Tarifs im Ortsteil Petersberg von 2,60 Euro auf 2,30 Euro für die Einzelfahrkarte für Erwachsene - versuchsweise auf den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2019 beschränkt - zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV wurde beschlossen. Diese Preissenkung wirkt sich entsprechend auf die weiteren Fahrkartenangebote aus. Der eventuell entstehende Deckungsfehlbetrag von ca. 40.000,00 Euro jährlich wird von der Gemeinde Petersberg übernommen. Für die Orte Margrethenhaun, Almendorf und Böckels wird der Tarif darüber hinaus um eine Tarifzone verbilligt.

Unser Vorschlag, bei der LNG auf eine Senkung auch für die Ortsteile Steinau, Steinhaus und Marbach hinzuwirken, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Unsere Homepage - <http://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/antraege/>